

Pflichten des Staates im Bereich von Gesundheits- und Intimitätsschutz sowie Geschlechtergerechtigkeit die gebührende Aufmerksamkeit widmen.

ZOOM-ZUGANGSDATEN:

<https://uso2web.zoom.us/j/82800755894?pwd=eGpiUk h6cklZ1ltMzZYcFRITIZvQTog>

Meeting ID: 828 0075 5894

Passwort: IGEM-HD

11. JULI 2023 | 18.15 UHR

„Abgebrochenes Sterilett“ – eine objektzentrierte Geschichte von Schwangerschaftsverhütung und weiblichen Praktiken zur reproduktiven Autonomie in den 1930er Jahren.

Prof. Dr. Karen Nolte

Institut für Geschichte und Ethik der Medizin, Medizinische Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Dieser Beitrag wird bislang wenig erforschte weibliche Praktiken zur Erlangung von reproduktiver Autonomie objektzentriert rekonstruieren: Ausgehend von einem Kasten mit Stiftspessaren und Sterilett in der Sammlung der Universitätsfrauenklinik in Würzburg aus den 1930er Jahren geht der Beitrag erstens der Frage nach, wie diese Intrauterin pessare zu Sammlungsobjekten wurden. Anhand von Krankenblättern der Frauen, denen eingewachsene oder abgebrochene Sterilett herausoperiert wurden, will der Beitrag der Frage nachgehen, was Frauen veranlasste, dieses Objekt zur Empfängnisverhütung zu wählen, welche Rolle Ärzt*innen bei der Frage der Empfängnisverhütung in dieser Zeit hatten und wie Interaktionen zwischen Nutzerinnen dieser Objekte und zumeist niedergelassenen Gynäkolog*innen in einen größeren Kontext von Reproduktionspolitiken der Zeit eingebunden waren.

ZOOM-ZUGANGSDATEN:

<https://uso2web.zoom.us/j/86970518820?pwd=Kogsdj R1VEhRUGxLU nNVTHEvS2lKZz09>

Meeting ID: 869 7051 8820

Passwort: IGEM-HD

INSTITUT FÜR GESCHICHTE UND ETHIK DER MEDIZIN

Unser Institut vertritt an der Medizinischen Fakultät Heidelberg die Fachbereiche Geschichte und Ethik der Gesundheitsberufe in Lehre und Forschung. Im Bereich der Geschichte bilden alltags- und sozialgeschichtliche, kulturwissenschaftliche, genderhistorische sowie wissenschaftsgeschichtliche Forschungen zur Medizin, Psychiatrie und Pflege im 19. und 20. Jahrhundert den Schwerpunkt. Forschungen im Bereich der Medizinethik beschäftigen sich mit ethischen Fragen der Transplantations- und Reproduktionsmedizin, der Digitalisierung und Verteilungsgerechtigkeit im Gesundheitswesen sowie unterschiedlichen pflegeethischen Schwerpunkten.

JEWELS 18.15 | ONLINE-VERANSTALTUNG

Die Veranstaltungen sind öffentlich, eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Nähere Informationen finden Sie unter: events.igem-hd.de

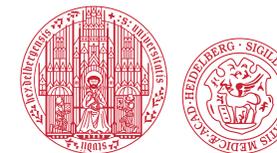
KONTAKT | ORGANISATION

Prof. Dr. Karen Nolte | Dr. Nadia Primc

Institut für Geschichte und Ethik der Medizin
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Im Neuenheimer Feld 327
69120 Heidelberg
Telefon: 06221 54-5458
E-Mail: Primc@uni-heidelberg.de



Informationen zum Institut für Geschichte und Ethik der Medizin:
<http://www.medizinische-fakultaet-hd.uni-heidelberg.de/Institut-fuer-Geschichte-und-Ethik-der-Medizin.102539.0.html>
<http://www.igem-hd.de>



MEDIZINISCHE FAKULTÄT HEIDELBERG



REPRODUKTIVE SELBSTBESTIMMUNG IN RECHT, ETHIK UND GESCHICHTE

HISTORISCHE UND ETHISCHE PERSPEKTIVEN

Veranstaltungsreihe des Institutes für Geschichte und Ethik der Medizin, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, im Sommersemester 2023:

Die Veranstaltung findet online (über Zoom) statt. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Für alle Einzeltermine sind Gebärdensprachdolmetscher*innen angefragt.

Institut für Geschichte und Ethik der Medizin



ZUR VERANSTALTUNGSREIHE

Reproduktive Selbstbestimmung ist ein normatives Konzept: Menschen sollen selbstbestimmt über ihre eigene Reproduktion entscheiden können, zum Beispiel ob, wann und mit wem sie Kinder bekommen wollen. Obwohl es sich hierbei um einen äußerst intimen und persönlichen Lebensbereich handelt, unterliegt die menschliche Reproduktion dennoch der staatlichen Kontrolle. Reproduktive Entscheidungen werden durch gesellschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen eingeschränkt und insofern auch fremdbestimmt. Die Frauenbewegung kämpfte seit Ende des 19. Jahrhunderts für den Zugang zu sicheren Methoden des Schwangerschaftsabbruchs und der Empfängnisverhütung. Aktuell sehen sich in Deutschland dennoch viele ungewollt schwanger gewordene Personen vor das Problem gestellt, dass in ihrer Region und unmittelbaren Nähe weder Kliniken noch Arztpraxen einen operativen bzw. medikamentösen Schwangerschaftsabbruch nach der Beratungsregelung anbieten und sie daher weite Wege in Kauf nehmen müssen. Der Schwangerschaftsabbruch ist durch seine Regelung im Strafrecht nach wie vor mit einem gesellschaftlichen Stigma versehen.

Im Rahmen der Vortragsreihe unseres Instituts sollen in mehreren Vorträgen rechtliche, ethische und historische Aspekte im Umgang mit der reproduktiven Selbstbestimmung vorgestellt und diskutiert werden. Die Veranstaltung findet jeweils digital über Zoom statt. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

PROGRAMM

25. APRIL 2023 | 18.15 UHR

Ungewollte Schwangerschaft und Schwangerschaftskonfliktberatung. Aktuelle Versorgungssituation und beraterische Herausforderungen

Prof. Dr. Maika Böhm und Johanna Walsch
Hochschule Merseburg, Fachbereich Soziale Arbeit,
Medien, Kultur.

Ungewollte Schwangerschaft und Schwangerschaftskonfliktberatung. Aktuelle Versorgungssituation und beraterische Herausforderungen

Durch die gesetzlichen Vorgaben des § 219 StGB und des Schwangerschaftskonfliktgesetzes hat sich in Deutschland eine flächendeckende und plurale Beratungsstellenlandschaft etabliert, die unter anderem für Informationsweitergabe sowie psychosoziale Beratung und Unterstützung bei ungewollter Schwangerschaft bzw. Schwangerschaftskonflikten zuständig ist. Die Pflichtberatung und ihre gesetzliche Rahmung birgt jedoch Herausforderungen für Beratungsfachkräfte wie für Personen, die einen Schwangerschaftsabbruch im ersten Trimenon vornehmen lassen wollen. Der Vortrag gibt einen Überblick über die aktuelle Beratungsstellenlandschaft, nimmt die Besonderheiten der gesetzlichen Vorgaben und ihre Wirkung für die Beteiligten in den Blick und beschäftigt sich mit aktuellen Entwicklungen wie der zunehmenden Digitalisierung, die hinsichtlich der Online-Informationssuche und digitaler Beratung von Bedeutung sind.

ZOOM-ZUGANGSDATEN:

<https://uso2web.zoom.us/j/81260903108?pwd=UVFIK1hp aGV4K2RTdzh3SkjOTThEQTo9>

Meeting ID: 812 6090 3108
Passwort: IGEM-HD

16. MAI 2023 | 18.15 UHR

Hexengeflüster: Frauengesundheitsbewegungen zwischen Politik und Spiritualität

Prof. Dr. Anne Kwaschik,
Fachbereich Geschichte & Soziologie, Universität Konstanz

Im Laufe des 20. Jahrhunderts führte die Idee der Frauenrechte zu einer Veränderung der Geschlechterordnung und der kulturellen Werte: Dabei erwies sich „Gesundheit“ als entscheidendes Thema, da es die reproduktive Entscheidungsfindung, die körperliche Unversehrtheit und den Zugang zu medizinischem Wissen miteinander verband. Inspiriert von den sozialen Protestbewegungen und der feministischen Bewegung, die in den späten 1960er Jahren in den USA begann und auf Europa übergriff, begannen Frauen gegen die von Männern dominierten Bereiche der Geburtshilfe und Gynäkologie zu protestieren und sich für legale Abtreibung, sichere Verhütungsmittel und Frauenzentren einzusetzen. Die Aneignung und Produktion von Wissen wurde zu ihrer Hauptaktionsform, oft mit Rückbezügen auf die Figur der Hexe. Der Vortrag beschäftigt sich mit der Entstehung der Frauengesundheitsbewegungen in

den 1970er Jahren und ihrem Ziel, alternatives Wissen über Frauengesundheit zu produzieren. Er diskutiert insbesondere die folgenden Fragen: Wie wurde dieses Wissen produziert, legitimiert und zur Anwendung gebracht – und welche Rolle spielte dabei die Figur der Hexe?

ZOOM-ZUGANGSDATEN:

<https://uso2web.zoom.us/j/86745173209?pwd=WThHd UxZUnU1UTdoNlZrRmRKZjF4UT09>

Meeting ID: 867 4517 3209
Passwort: IGEM-HD

06. JUNI 2023 | 18.15 UHR

Reproduktive Rechte und die Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs: verfassungskonforme Alternativen zu §§ 218 ff. StGB

Prof. Dr. Ulrike Lembke
Öffentliches Recht und Geschlechterstudien, Juristische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin

Die strafrechtliche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs wird in Deutschland mit Verweis auf den verfassungsrechtlich geschützten Status des Embryos zumeist als alternativlos dargestellt. Teilweise wird auch behauptet, dass es sich bei der Regelung in §§ 218 ff. Strafgesetzbuch um einen „gesellschaftlichen Kompromiss von 1995“ handele, den es aber nie gegeben hat. Vielmehr wurden und werden aus der vom Bundesverfassungsgericht postulierten Schutzpflicht des Staates sehr weitreichende Folgerungen gezogen. Hierzu gehören die „Austragungspflicht“ auch für ungewollte Schwangerschaften, die Fristenregelung mit Beratungspflicht, ein Sonderstrafrecht für Ärzt*innen, der Ausschluss von der Krankenversicherung oder ein behauptetes Weigerungsrecht öffentlicher Kliniken, Schwangerschaftsabbrüche außerhalb von Lebensgefahr durch entsprechend ausgebildetes Fachpersonal und nach allgemeinen medizinischen Standards vorzunehmen.

Im Vortrag wird mit Blick auf verfassungsrechtliche Grundsätze und die Rechtsentwicklungen der letzten Jahrzehnte die Verfassungsmäßigkeit der Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen infrage gestellt. Daran anschließend sollen alternative Regelungsmodelle außerhalb des Strafrechts diskutiert werden, welche den reproduktiven Rechten von schwangeren Personen und den